

nern, wie eindringlich dieser geehrte Redner von der falschen, angeblich verbreiteten Meinung, als wäre jenes *Institut* aus einer Parthei hervorgegangen und als sollte es Partheizwecken dienen, abgemahnt hat, und so seinem schönen Beispiel folgend, gewiß aufhören, noch ferner dergleichen Ungereimtheiten auszusprechen; aber sie würden auch, statt mikroskopisch die Mängel und Schattenseiten eines kaum ins Leben getretenen Instituts zu analysiren, statt ferner die Redlichkeit der Unterstützungsbedürftigen a priori in Frage zu stellen, was beiläufig gesagt, von sehr geringem Vertrauen zur sittlichen Würde der Menschen zeigt — endlich, statt sich so große Mühe zu geben, den Vereinen mit Vorschlägen über Garantien, von Seiten der Darlehnsempfänger, der Zunft, der städtischen Behörden und weiß Gott was sonst noch — lustdicht zu verpallisadiren, ja selbst die ganze Strenge des Gesetzes über die Häupter der lässigen Zurückzähler, herabzubeschwören, — statt alles dessen unerquicklichen, eher für einen Korrekptions- als Hilfs-Vereins passenden Krams, sag' ich, würden diese Herren wohlthun, sich zuvörderst, nach Maaßgabe ihrer Kräfte, bei den Vereinstlisten mit Geldspenden zu betheiligen, und so die Wirksamkeit des Vorstandes erweiternd, mit der Mehrzahl unserer menschenfreundlichen Mitbürger aus allen Ständen und Konfessionen, das erhebende Bewußtsein theilen, einem guten Werke kräftig die Hand geboten zu haben.

J. Hollaender.

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Versammlung am 4. Juni c. Ordner: Superint. Redlich. Es wurde zuvörderst von dem Ordner mitgetheilt, daß das an das Staats-Ministerium von hier aus gerichtete Vertrauens-Votum nunmehr 2214 Namensunterschriften gefunden habe. Hierauf las Domherr Heide ein an ihn gerichtetes Schreiben des hiesigen Deputirten beim deutschen Parlament zu Frankfurt a. M. nebst einem Referat der Heidelberger deutschen Zeitung über die von demselben in der Mainzer Angelegenheit gehaltenen Rede vor und machte die mit jenem Schreiben eingegangenen Drucksachen zum größten Theile namhaft, woran er den Antrag knüpfte, die Versammlung möge zur Sammlung dieser und der weiterhin noch zu erwartenden Schriften einen Vereins-Bibliothekar ernennen, bei welchem sie jedes Mitglied zum Lesen empfangen könnte. Dieß geschah und übernahm Lehrer Knorr dieses Geschäft mit dem Bemerkten, daß er täglich von 12 bis 1 in seiner Wohnung werde anzutreffen sein. Das Verzeichniß der eingegangenen Schriften soll während der Versammlungen aushängen.

Senat. Spiel sucht mit Bezugnahme auf einen früher gehaltenen Vortrag des Lehrers Knorr zu beweisen, daß die Stadt Ratibor für das Schulwesen viel gethan und außerordentliche Opfer gebracht habe, wovon zunächst Just. Klapper Veranlas-

sung nimmt, die städtischen Behörden gegen den mitunter gehörten Vorwurf zu vertheidigen „daß sie schliefen.“ Sup. Redlich fügt erklärend bei, daß Lehr. Knorr den städtischen Behörden damals, als er gelegentlich der geringen Lehrergehälter Erwähnung gethan, keinen Vorwurf habe machen wollen und zeigt, daß die gemachten Angaben im Ganzen als richtig bestehen bleiben. Direkt. Mehlhorn meint, es sei besser gewesen, weniger Lehrer anzustellen und sie besser zu besolden. Sen. Spiel weist nach, daß die gesetzlichen Vorschriften dieß nicht gestatteten. Lehr. Knorr bemerkt, die Stadt gebe ihm nicht ein Mal seine 120 *Alt.* Gehalt, da 100 *Alt.* aus Staatsfonds flossen. Lehrer Lippelt meint, wenn 10000 *Alt.* und mehr zu Eisenbahnzwecken hätten verwendet werden können, so hätte wohl auch für die Verbesserung des Lehrer Einkommens etwas geschehen können. Mit einer geschichtlichen Darstellung der hiesigen Schulverhältnisse durch Domh. Heide endet die Debatte über diesen Gegenstand.

J. R. Klapper trägt einige Paragraphen eines Amendements zu dem Entwurfe der preussischen Constitution aus der Breslauer Zeit vor, woran Dr. v. d. Decken eine Auseinandersetzung der Gründe knüpft, warum er in der ersten Kammer nicht das Geld, sondern die Intelligenz wolle vertreten sehen. Dir. Mehlhorn meint, in beiden Kammern (denn er sei auch für zwei) müsse die Vertretung des Geldes, also auch des Grundbesitzes, und der Intelligenz nothwendig vereinigt sein. J. R. Klapper bezeichnet als Gerichtshof für die verantwortlichen Minister das deutsche Parlament; Dr. Wichura dagegen wünscht, daß das preussische Ober-Tribunal über Anklagen gegen die Minister zu entscheiden haben, es handle sich um eine Sache, die nur Preußen angehe. J. R. Klapper: Wir dürfen nicht vergessen, daß wir ein einiges Deutschland wollen.

Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Ratibor den 5. Juni 1848.

Der Vorstand.

Klapper. Heide. Redlich. Spiel. v. Lepper.

Von Gottes Gnaden.

In dem in N^o 44 d. Bl. enthaltenen Bericht des constitutionellen Vereins am 31. Mai c. erwähnt der Vorstand auch einer interessanten Debatte über den Ausdruck **von Gottes Gnaden**, in welchem die Ansicht für die Berechtigung dieses Ausdrucks den Sieg erhielt.

Als Beitrag resp. zur Ergänzung dieser interessanten Debatte liefern wir noch folgende Stelle (pag. 90 — 93) aus der Schrift: die Preussische Verfassung und das Parlament vom 5. Februar 1847 von G. G. Gerbinus: